

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Vermögensteuer wiederbeleben

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Erhebung einer Vermögensteuer ist ein wichtiger Teil einer an Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit orientierten Steuerpolitik.
2. Eine ausschließlich auf Ausgabenseite orientierte Konsolidierungspolitik ist nicht ausreichend, um die Gestaltungsfähigkeit des Landeshaushalts langfristig zu erhalten und zu sichern.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich aufgrund der immer ungerechter werdenden Vermögensverteilung für eine Wiederbelebung der Vermögensteuer auf Bundesebene einzusetzen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Die gesellschaftliche Akzeptanz des Steuersystems wird im Wesentlichen von der gerechten Lastenverteilung auf die Bürgerinnen und Bürger bestimmt. Die Bundesrepublik Deutschland erhebt im internationalen Vergleich nur sehr geringe vermögensbezogene Steuern.

Durch die Aussetzung der Vermögensteuer erfolgte zusätzlich eine Umverteilung der Lasten zugunsten der Vermögenden in Deutschland. Die Vermögensungleichheit bleibt in Deutschland anhaltend hoch, in der Eurozone ist die Vermögensungleichheit in Deutschland sogar am höchsten.

Die Wiederbelebung der Vermögensteuer - in einer verfassungskonformen Ausgestaltung - ist als Ausdruck von sozialer Gerechtigkeit nicht nur gerechtfertigt, sondern dringend geboten. Zurückgehende EU-Mittel und das Auslaufen des Solidarpaktes II stellen die Haushaltspolitik des Landes vor große Herausforderungen. Die jahrelange Sparpolitik des Landes hat sich vor allem in der Unterfinanzierung der öffentlichen Verwaltung und fehlenden Investitionen in den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur niedergeschlagen. Eine einseitig auf die Ausgaben fixierte Sparpolitik kann langfristig keine positive Wirkung entfalten.

Um die Handlungsfähigkeit des Landes dauerhaft zu sichern, muss der Haushalt in seiner ganzen Komplexität betrachtet werden. Dazu gehören insbesondere die Einnahmen - hier speziell die Steuereinnahmen - des Landes.

Die Erhebung einer Vermögensteuer in nur einzelnen Ländern wäre nicht sinnvoll. Eine gesamtdeutsche Regelung ist notwendig.